

CARITAS CORONA UPDATE NR. 31**17. Juni 2020****CoronaWarnApp**

Gestern wurde die CoronaWarnApp durch die Bundesregierung in einer Pressekonferenz vorgestellt. Die Wirkung der App als Instrument der digitalen Epidemiologie, das helfen kann, Infektionsketten besser nachzuvollziehen und damit früher zu unterbrechen, wurde dabei ausführlich erläutert. Über 6 Millionen Downloads hatte das Gesundheitsministerium bis zum heutigen Morgen gezählt. Die Nutzerfreundlichkeit soll weiter optimiert werden. Die Bundesregierung rechnet für Wartung und Pflege im kommenden Jahr mit rund 45 Millionen Euro. Die Position des DCV, die Einführung der CoronaWarnApp sei durch ein Begleitgesetz abzusichern, findet Resonanz nun auch in den Medien: Heribert Prantl hat die Forderung in seinem wöchentlichen Newsletter aufgegriffen. Gerne leiten wir Ihnen den Link weiter https://nlink.sueddeutsche.de/u/gm.php?prm=Gf1q8tDfnu_783191557_1612296_10617.

Die Dienstgeberseite hatte zum Thema App Arbeitsrecht ein Infopapier erarbeitet, das in der Infobörse eingestellt ist. [Arbeitsgruppen](#) » [Coronavirus - Infobörse](#) » [Themen](#) » [Arbeitsrechtliche Fragen](#) » [Merkblatt der Dienstgeberseite der AK: Corona-Tracing-App und Arbeitsrecht](#). Die Zulässigkeit einer Weisung zur Nutzung der App erfordert eine umfassende Interessenabwägung im Einzelfall. „Dabei ist das Persönlichkeitsrecht des Mitarbeiters mit dem Grundrecht des Dienstgebers auf unternehmerische Freiheit und dessen Fürsorgepflicht, die Gesundheit seiner Mitarbeiter zu schützen, abzuwägen.“ (S.2).

Inzwischen wurde die ärztliche Vergütung für die Testungen, die aus der Corona-Warn-App erfolgen, angepasst. Künftig können Menschen, die über die App die Info erhalten, dass sie mit einem COVID-19 infizierten Menschen Kontakt hatten, direkt zum Hausarzt gehen und sich zu Lasten der GKV testen lassen. Bei allen anderen Menschen, die Kontakt zu COVID-19 Infizierten hatten, muss die Testung gemäß der Rechtsverordnung vom Gesundheitsamt veranlasst werden. Mit der Differenzierung der Erstattungsregelung für Tests je nach Art der Dokumentation des Kontakts (über die App oder auf anderem Wege), wird die Sorge des DCV bestätigt, dass mit der App Diskriminierungswirkungen verbunden sein können, denen durch eine gesetzliche Grundlage vorgebeugt werden muss.

Bundesregierung beschließt umfangreiche Corona-Hilfen

Am Freitag (12. Juni) wurde durch das Bundeskabinett das „Zweite Corona-Steuerhilfegesetz“ beschlossen. Gegenstand des Gesetzes ist auch der Kinderbonus. Mit dem BMFSFJ konnte zwischenzeitlich geklärt werden, dass der Kinderbonus unpfändbar ist. Geregelt wird in diesem Gesetz des Weiteren u.a. die Anhebung Entlastungsbetrag für Alleinerziehende auf 4008 Euro und die befristete Senkung der Umsatzsteuer von 19 auf 16 Prozent und von 7 auf 5 Prozent bis zum 31. Dezember. Der Finanzausschuss des Bundestages hat das Paket heute beraten.

Am Freitag erfolgt die erste Lesung im Bundestag <https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/staatsministerin-fuer-kultur-und-medien/aktuelles/corona-steuerhilfegesetz-1759296>.

Am Freitag (12. Juni) hat das Corona-Kabinetts zudem das BMF Eckpunktepapier „Überbrückungshilfen für KMU's verabschiedet. Dieses Papier ist in der Infobörse unter diesem Link eingestellt: [Arbeitsgruppen](#) » [Coronavirus - Infobörse](#) » [Themen](#) » [Aktuelles von der Bundesregierung](#) » [BMF](#) » [Eckpunktepapier zum Konjunkturpaket / Überbrückungshilfen für KMUs](#). Das Papier gibt einen Überblick über die Fördermodalitäten und –fristen. Das Programm läuft über die Monate Juni bis August 2020. Überbrückungshilfen können bis zu einer Höhe von insgesamt 150.000 Euro beantragt werden. Eine Förderung ist für maximal drei Monate möglich. Die Antragsfrist endet am 31. August 2020. Das Antragsverfahren ist durch einen Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer durchzuführen. Von dem Programm profitieren sollen Sozialunternehmen. Das BMAS hat am Freitag (12. Juni) darauf aufmerksam gemacht, dass auch Einrichtungen der Behindertenhilfe und Sozialunternehmen, insbesondere Inklusionsbetriebe und auch Sozialkaufhäuser von dem Programm profitieren können.

<https://www.bmas.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/ueberbrueckungshilfen-fuer-inklusionsbetriebe.html>.

In der heutigen Kabinettsitzung (17. Juni) wurden wichtige Änderungen in der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung beschlossen. Deren Ziel ist es, die Entgelteinbußen von Werkstattbeschäftigten in der Corona-Krise zumindest teilweise zu kompensieren. Der Bund verzichtet 2020 einmalig auf 10 Prozent aus der Ausgleichsabgabe und überlässt diese den Integrationsämtern der Länder. Damit stehen in den Ländern rund 70 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Die Regelung treten rückwirkend zum 1. März 2020 in Kraft, damit auch Entgeltausfälle auszugleichen, die seit Beginn der Pandemie eingetreten sind.

<https://www.bmas.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/hilfen-fuer-werkstaetten-fuer-menschen-mit-behinderung.html>

Ebenfalls beschlossen wurde heute der Entwurf eines Zweiten Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan 2020 und den Entwurf des Gesetzes über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2020). Aus dem Konjunkturpaket werden insbesondere folgende Maßnahmen abgebildet, die auch für die Caritas von großer Bedeutung sind: Kinderbonus, Absenkung Mehrwertsteuer, Überbrückungshilfen zur Sicherung der Existenz von kleinen und mittelständischen Unternehmen, Stabilisierung die GKV erhält einen Bundeszuschuss in Höhe von 3,5 Mrd., die soziale Pflegeversicherung in Höhe von 1,8 Mrd. Euro. Vorgesehen ist eine Bundesbeteiligung bei den Kosten der Unterkunft, 1 Mrd. für den Digitalpakt Schule und die Beschleunigung des 5G-Ausbaus.

<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2020/06/2020-06-17-Nachtrag-HH.html>

Auch der 5. Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung war heute Gegenstand der Beschlüsse. Die Bundesregierung investiert im Rahmen des Konjunkturpaketes weitere Milliarden in den Ausbau der Kindertagesbetreuung. Das Geld soll nicht nur mehr Plätze ermöglichen, sondern auch den Ausbau bestehender Strukturen voranbringen.

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/mehr-geld-fuer-die-kindertagesbetreuung/156678>

Beschlossen wurde heute zudem der Entwurf einer Verordnung zur Verlängerung des vereinfachten Verfahrens für den Zugang zu den Grundsicherungssystemen und für Bedarfe für Mittagsverpflegung aus Anlass der COVID-19-Pandemie.

Brief an Innenministerkonferenz Situation Migranten und Flüchtlinge

Heute tagt die Innenministerkonferenz der Länder. Präsident Dr. Neher und Frau Welskop-Deffaa haben anlässlich dieser Tagung einen Brief an die Ministe_innen geschrieben und auf die prekäre Situation vieler Flüchtlinge und Migrant_innen in den Aufnahmeeinrichtungen und Ankerzentren aufmerksam gemacht. Gefordert wird u.a. Risikogruppen und Familien mit Kindern aus den Großunterkünften in andere Unterbringungen zu verteilen. In den Blick genommen wird dabei nicht nur die Situation in Deutschland, sondern auch in den Flüchtlingslagern weltweit. Link zum Brief: [Arbeitsgruppen](#) » [Coronavirus - Infobörse](#) » [Themen](#) » [Aktuelles aus dem DCV](#) » [DCV Schreiben Innenministerkonferenz Situation Migranten und Flüchtlinge Pandemie](#). Ein Factsheet des Kompetenznetz Public Health COVID-19 [Arbeitsgruppen](#) » [Coronavirus - Infobörse](#) » [Themen](#) » [Neues aus den Fachbereichen](#) » [Migration und Integration](#) » [Fact Sheet PH Network: SARS-CoV-2 in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete](#) und ein RKI Gutachten zur Unterbringung von Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften sind ebenfalls in der INFOBÖRSE eingestellt [Arbeitsgruppen](#) » [Coronavirus - Infobörse](#) » [Themen](#) » [Neues aus den Fachbereichen](#) » [Migration und Integration](#) » [RKI Gutachten: Hinweise zu Prävention und Management von COVID-19-Erkrankungen in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete](#).

Neues aus der Forschung zu Corona

Eine Forschergruppe unter Leitung von Professorin Karin Wolf-Ostermann vom Institut für Public Health und Pflegeforschung und Professor Heinz Rothgang vom SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik haben eine Online-Befragung durchgeführt. Befragungsdaten von 824 Pflegeheimen, 701 Pflegediensten und 96 teilstationären Einrichtungen wurden dabei analysiert. „Werden die Befragungsergebnisse auf die Bundesrepublik hochgerechnet, zeigt sich, dass rund 60 Prozent aller Verstorbenen von Pflegeheimen oder Pflegediensten betreute Pflegebedürftige sind, wobei deren Anteil an allen infizierten Personen nur insgesamt 8,5 Prozent beträgt. Die Sterblichkeit unter Pflegebedürftigen ist somit mehr als fünfzigmal so hoch wie im Rest der Bevölkerung. Hohe Infektionsraten weist auch das Pflegepersonal auf: Der Anteil Infizierter ist in ambulanten Pflegediensten doppelt so hoch und in stationären Einrichtungen sogar sechsmal so hoch wie in der Normalbevölkerung. Für die schnelle Eindämmung der Infektion in allen Formen der „Gemeinschaftsunterkunft“ sind eine systematische und regelmäßige Testung sowie ausreichend Schutzmaterial und Desinfektionsmittel der Schlüssel. <https://www.uni-bremen.de/biquam/news/detailansicht/ambulante-versorgung-pflegebeduerftiger-in-corona-krise-destabilisiert>.

Eine gemeinsame Studie der AOK Rheinland/Hamburg und des Instituts für Medizinische Soziologie des Universitätsklinikums Düsseldorf zeigt, dass auch in Deutschland sozioökonomische Unterschiede hinsichtlich der Häufigkeit von schwereren Verläufen einer Corona-Infektion bestehen könnten. Dafür wurde Daten von mehr als 1,3 Millionen Versicherten be-

trachtet, ob Menschen in Arbeitslosigkeit (ALG I und ALG II) oder Sozialhilfe häufiger aufgrund einer COVID-19 Erkrankung in einem Krankenhaus behandelt werden mussten, als erwerbstätige Versicherte. „Für den Untersuchungszeitraum 1. Januar bis 4. Juni 2020 wurden insbesondere Langzeitarbeitslosen häufiger im Krankenhaus behandelt, so die Ergebnisse der Analyse. Bezieher/innen von Arbeitslosengeld II hatten ein um 84 Prozent erhöhtes Risiko für einen COVID-19-bedingten Krankenhausaufenthalt. Arbeitslosengeld I Empfänger/innen hatten noch ein um 17,5 Prozent erhöhtes Risiko. Diese Ergebnisse gelten unabhängig vom Alter und Geschlecht der Versicherten.“ Das zeigt erneut den klaren Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheit. <https://www.uni-duesseldorf.de/home/startseite/news-detailansicht-inkl-gb/article/hinweise-auf-erhoehtes-risiko-fuer-krankenhausaufenthalte-wegen-covid-19-bei-arbeitslosen-menschen.html>.

Austausch der AK Sozialpolitische Sprecher mit Abteilungsleiter Frehse (BMI)

Die Austauschrunde der AK SopoSprecher beschäftigte sich gestern schwerpunktmäßig mit dem Konjunkturpaket der Bundesregierung und den Auswirkungen der Corona-Krise auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Zu Gast war Dr. Michael Frehse (Abteilungsleiter Heimat BMI). Es bestand Einigkeit, dass für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse die finanzielle Stabilisierung der Kommunen einerseits, der Ausbau der Digitalisierung andererseits zentral sind. Die mit dem Konjunkturpaket beschlossene Entlastung der Kommunen durch die Übernahme der Kosten der Unterkunft (jährlich 4 Mrd. Euro) setzt eine Grundgesetzänderung voraus. Diese soll zum Anlass genommen werden, einen Appell an die Kommunen zu richten, die durch die Entlastung entstehenden finanziellen Freiräume gezielt zum Erhalt der sozialen Infrastruktur und Daseinsvorsorge zu nutzen. Die Förderung des Aufbaus einer digitalen Infrastruktur im Bereich der Wohlfahrtsverbände sollte durch Nr. 42 des Konjunkturpakets umfasst sein, so die Forderung des DCV. Caritas wird zu diesem Thema mit der Bundesregierung im Austausch bleiben.

Öffentlichkeitsarbeit

Kinder, denen es vorher schon an Mitteln und Aufmerksamkeit fehlte, sind die großen Verlierer der Corona-Krise. Vor allem der fehlende Zugang zu Bildung verschärft die soziale Ungleichheit. Wichtig ist aber auch eine bessere finanzielle Ausstattung. Präsident Neher fordert im Tagesspiegel eine schnelle Aufstockung des Hartz-IV-Regelsatzes, „70 bis 80 Euro“.

<https://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/die-grossen-verlierer-kinder-aus-armen-familien-leiden-doppelt-unter-corona/25918480.html>

Präsident Neher bewertet in einer Pressemeldung die Einführung der Corona-Warn-App. Caritas setzt sich weiter für eine gesetzliche Grundlage der App ein, da viele Fragen zum Einsatz nicht geklärt sind. <https://www.caritas.de/fuerprofis/presse/pressemeldungen/caritas-setzt-sich-weiter-ein-fuer-gesetzliche-grundlage-der-corona-warn-app-c1811bf1-1a7b-4247-aa94-d33b383e4da3>.

Berlin/ Freiburg 17. Juni 2020

Eva Welskop-Deffaa, Dr. Elisabeth Fix, Dr. Birgit Fix